

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 686 846 pbbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Dr. Dietrich Sperling
MdB zur Umgruppie-
rung der Macht in der
Sowjetunion: Nomen-
klatura, Populismus
und Demokratie.

Seite 1

Gert Welsskirchen MdB
zur Entwicklung im
zerfallenden Jugosla-
wien: Europäer müssen
ein weiteres Blutbad
verhindern.

Seite 3

Klaus Kirschner MdB
zur Ausgabenentwick-
lung bei der gesetzli-
chen Krankenversiche-
rung: Die Ausgaben
laufen den Einnahmen
davon.

Seite 4

Rolf Langenberger MdL
zur Zukunft von
150.000 bayerischen
Arbeitsplätzen: Stol-
tenbergs Salami-Taktik.

Seite 5

46. Jahrgang / 124

3. Juli 1991

Nomenklatura, Populismus und Demokratie Umgruppierung der Macht in der Sowjetunion

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Ohnmacht und Hoffnung zugleich steckt in der Meldung aus Moskau, daß Schewardnadse, Jakowlew (einst wichtigster Berater Gorbatschows), Popow (Moskauer Oberbürgermeister) und Ruzkoi (Jelzins Vizepräsident aus der Gruppierung der 'Kommunisten für Demokratie') zwar mit dem Versuch scheiterten, eine neue Partei zu gründen, aber doch eine Bewegung für demokratische Reformen zustande gebracht haben.

Schon vor etwa einem Jahr konnte man einer von 'Moscow News' abgedruckten Diskussion der nicht-mehr-kommunistischen Reformer entnehmen, daß die Sehnsucht nach einer großen und starken Alternative zur KPdSU gewachsen war und die Zersplitterung in einige hundert "Parteien" keine Verwurzelung demokratischer Politik in den Volksmassen brächte. Den damaligen und trotz der Jelzin-Wahl wohl auch heutigen Zustand der "demokratischen Kräfte" beschrieb in jener Debatte der Moskauer Vizebürgermeister Stankiewitsch so: Sie seien weder eine alternative Regierung noch eine konstruktive Opposition.

Schon damals wünschte man sich eine Partei, die gleich der KPdSU in den Betrieben und Institutionen verankert wäre. Und auch damals fragte man nach den Führungsfiguren, die Zugpferde einer solchen Partei sein könnten - nach Schewardnadses Rücktritt vom Amt des Außenministers ruhten manche Hoffnungen auf ihm für den Schritt einer Parteineugründung. Jetzt, nachträglich, sieht es so aus, als habe er erst abwarten wollen, bis Jelzin sein Amt als überparteilicher Präsident Rußlands antrat, um eine Neugründung nicht in den Gegensatz zwischen Populismus und Nomenklatura geraten zu lassen.

Für alle Neuerungen ist die kommunistische Partei der Sowjetunion sowohl Vorbild wie abschreckendes Muster. Noch immer hat sie wohl über 15 Millionen Mitglieder. Sie war auch die Partei der Reformen (Glasnost und Perestroika). Aus ihr kamen die Impulse zur Überwindung von Stagnation und zur moralischen Reinigung und Selbstprüfung. Aber in ihr sitzen auch die Stagnierer. Lange schien Gorbatschow zu hoffen, daß diese Partei das in der Gesellschaft angeschlagene

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kemijoint Umwelt
mit wertvollem Aluholz
Recycling-Papier



Reformtempo ebenfalls aufnehmen könne und die demokratische Erneuerung der Sowjetunion vorantreiben statt bremsen werde. Aber dann zeigte es sich, daß diese Partei so unvereinbare Gegensätze in sich enthält wie alle anderen Machtapparate der Sowjetunion auch, wie Armee, Staatsbürokratie und KGB, alle enthalten Reformen und Stagnierer, Demokraten und Betonköpfe, und das bis hinein in die jeweiligen Führungsgruppen. Die einst am Kommunismus so gefürchtete monolithische Struktur der Organisationen erscheint heute durchweg als ein Wahngewächs, ein Gerücht über die Vergangenheit.

Dennoch stellt die KPdSU nach wie vor die Führungsgruppen in vielen Bereichen - und wer über "Seilschaften" in der ehemaligen DDR klagt, der wird ermessen können, um wieviel schwerer es wohl in der Sowjetunion fallen wird, die alten Machtballungen personell aufzubrechen und bisherige Karrieremuster abzulösen. Wo nimmt man leistungsfähige Sachverständige her, wenn doch alle Erfahrungen in der Vergangenheit nur auf dem Weg mit und in der kommunistischen Partei gesammelt werden konnten?

Auch heute noch dürfte die Zahl der realistischen Demokratisierer innerhalb der kommunistischen Partei größer sein als in den vielen sektenhaften Gebilden, die die "Parteienlandschaft" der Sowjetunion ausmachen. Demokratische Traditionen und Umgangsformen sind schwach entwickelt in jenem Riesenreich im Osten - und für ein eigenständiges zivil- und staatsbürgerliches Vereinsleben gibt es kaum eine Vorgeschichte, kein Massentraining, wie es in der deutschen Geschichte die Sängerknaben und Turner und Feuerwehrmänner einst bedeuteten, wenn auch zu schwach, wie wir später lernten. Auch eine Periode der "reeducation" erlebten die Sowjetbürger nicht, in der Graswurzeldemokratie mit ihren einfachen Geschäftsordnungsregeln und Ritualen aus Amerika und England importiert worden wäre.

Deshalb ist die Fähigkeit zu jeder Art von Selbstorganisation in der Sowjetunion so schwach entwickelt und muß noch so entsetzlich viel Neues gelehrt werden, damit Neuerungen sich leistungsstark durchsetzen können.

Immerhin ist der neue Versuch von Schewardnadse und Freunden eine Anstrengung der Demokraten aus unterschiedlichen "Lagern", den Reformern einen organisatorischen Zusammenhang zu geben, der nicht durch den Streit zwischen Populisten und Betonköpfen gespalten wird. Reformen gibt es bis weit ins Zentralkomitee hinein, durchaus realistische, liberale und tolerante Menschen, die eine andere Sowjetunion wollen, und ohne die Reformen auch nicht gelingen werden. Sie gehören zu erheblichen Teilen der Nomenklatura an. Und der von den Populisten aufgezeimte Gegensatz zur kommunistischen Partei war ein Angriff auf die gesamte Nomenklatura, den Jelzin erst beim Aussuchen des Kandidaten für die russische Vizepräsidentschaft stoppte und dann das Bündnis mit den kommunistischen demokratischen Reformern suchte.

Jetzt besteht eine Chance, die demokratischen Reformkräfte zusammenzufassen - offensichtlich noch nicht als Partei, denn eine zweite große Partei ließe sich nur unter Spaltung der kommunistischen Partei organisieren. Das aber wollen offenbar die Demokraten innerhalb der KPdSU nicht oder noch nicht. Viele dürften noch auf die Reformfähigkeit "ihrer" Partei setzen, viele auch realistisch einschätzen, daß man den Stagnierern nicht den immer noch mächtigen Parteiapparat der KPdSU kampflos überlassen darf. Dennoch ist die Macht dieses Apparates eine geborstene, und das Land braucht Reformen und nicht deren Aufspaltung bis zur Wirkungslosigkeit. Insofern ist eine Sammelbewegung der Demokraten angezeigt, gleichgültig aus welchem der Lager oder in welchem der Lager sie die Sowjetunion und ihre Machtgebilde verändern wollen. Schewardnadse und seinen Mitbegründern der Bewegung für demokratische Reformen ist Erfolg zu wünschen. Realismus und Toleranz, Freiheitlichkeit und Verankerung von Macht im Volk sind als organisiertes Bemühen dringend nötig - und zwar in einer Organisation, die sich nicht durch ihre Geschichte oder durch gegenwärtigen Machtkampf in einem lähmenden Clinch mit den Reformgegnern befindet. Populismus und Nomenklatura sind Schewardnadse und seinen Anhängern nicht fremd - aber sie sind - urteilt man nach den Namen der Führungsfiguren und den Wünschen an den Rand gedrängter Reformen in der

"Intellektuellen-Szene" in Moskau - endlich ein Angebot für aufklärerisches Handeln durch Personen mit leistungsstarker und dennoch integrierter Vergangenheit und Fähigkeit zu analytischer Durchdringung der Problemvielfalt der gegenwärtigen undurchschaubar und unübersichtlich erscheinenden Sowjetunion. Es könnte ein Bündnis für eine nüchterne Allianz von Gorbatschow und Jelzin werden, wenn die populistischen Vereinfacher und die betonköpfigen Stagnierer in der neuen Organisation auf Nebenrollen beschränkt bleiben.

(-/3. Juli 1991/rs/ks)

Europäer müssen ein weiteres Blutbad verhindern
Zur Entwicklung im zerfallenden Jugoslawien

Von Gert Weisskirchen MdB

Die Armee des Zentrums hat den Krieg gegen das eigene Volk eröffnet. Nicht Stipe Mesic, der neugewählte Präsident, noch Ministerpräsident Ante Markovic und auch nicht dem Verteidigungsministerium Jugoslawiens gelingt es gegenwärtig, die marodierende serbisch dominierte Generalität zur Raison bringen. Die Soldateska setzt ihre letzten Mittel ein, um die Fiktion einer Einheit aufrechtzuerhalten, die niemals demokratisch legitimiert war. Es sind die Mittel der militärischen Gewalt. Sie führen zur offenen Militärdiktatur. Das titoistische Kunstgebilde Jugoslawien, entstanden im Widerstand gegen den Faschismus, hätte noch eine Überlebenschance gehabt, auf der Grundlage demokratischer Willensbildung der Nationen neu gefügt zu werden. Diese Chance haben die Panzer zerschossen.

Wie lange noch schauen wir anderen Europäer zu? Wie lange noch nehmen wir hin, daß vor unseren Augen der demokratische Wille von Slowenien und Kroatien mit Waffen blutig unterdrückt wird?

Die Prager Konferenz der KSZE wird nur dann zu einem konstruktiven Ergebnis führen, wenn die ungeheuerlichen Rechtsbrüche der Zentralarmee verurteilt werden und ein sofortiger Stop des Krieges gegen das eigene Volk durchgesetzt wird. Die deutsche Bundesregierung muß alle international wirksamen Instrumente einsetzen, um dem Recht auf ungehinderte Selbstbestimmung zum Durchbruch zu verhelfen. Jetzt ist die Einberufung des UNO-Sicherheitsrates zwingend. Jetzt müssen die in die UNO-Charta eingebauten Sanktionsmechanismen unverzüglich greifen.

Aus Angst vor dem Präjudiz hat die EG die Einheit Jugoslawiens über die Freiheit ihrer Nationalitäten gestellt. Mit den Bomben gegen die Demokratie ist der Rubikon überschritten. Die Demokratien Europas haben keine andere Wahl, die drohende Militärdiktatur in Jugoslawien hat sie uns aufgezwungen. Zieht sich die Zentralarmee nicht unverzüglich zurück, müssen wir die Eigenstaatlichkeit Sloweniens und Kroatiens anerkennen. Nur dieser diplomatische Schritt kann ein weiteres Blutbad noch verhindern.

(-/3. Juli 1991/rs/ks)

Die Ausgaben laufen den Einnahmen davon
Zur Ausgabenentwicklung bei der gesetzlichen Krankenversicherung

Von Klaus Kirschner MdB
Gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die sogenannte Blüm'sche Gesundheitsreform, bei ihrer Verabschiedung von der Bundesregierung und den Koalitionsfraktionen als großes Gesetzeswerk gepriesen, zeigt bereits 2 1/2 Jahre nach Inkrafttreten, daß das zentrale Ziel, "die dauerhafte Beitragsstabilität", ihre ersten Risse hat und über kurz oder lang ins Wanken gerät.

Das jüngste Zahlenwerk über die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung im ersten Quartal dieses Jahres zeigt, daß die Leistungsausgaben in den alten Bundesländern um 8,4 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum gestiegen sind, während die Grundlohnsumme, der maßgebende Faktor für die Einnahmen, mit 3,3 Prozent um über fünf Prozent hinter den Ausgabensteigerungen zurückgeblieben ist. Zwar wird die Grundlohnsteigerung des II. Quartals stärker ausfallen, wenn die Tarifabschlüsse voll greifen, aber daß allein im I. Quartal ein Defizit von 1,8 Milliarden DM bei den gesetzlichen Krankenversicherungen entstanden ist, zeigt, daß das Flickwerk dieses Selbstbeteiligungsgesetzes - um nichts anderes handelt es sich bei dem sogenannten Gesundheits-Reformgesetz - zum Scheitern verurteilt ist.

Der entscheidende Grundfehler dieses Gesetzes ist, daß den Krankenkassen die notwendigen Steuerungsinstrumente, um Unwirtschaftlichkeiten besser in den Griff zu bekommen, vorenthalten wurden. Es zeigt sich einmal mehr, daß die steigende Zahl der niedergelassenen freiberuflich tätigen Ärzte und der daraus entstehende gegenseitige Konkurrenzdruck bei gleichzeitig hoher Einkommenserwartung, ein Ordnungsverhalten nach sich zieht, das in vielen Fällen nicht nur von medizinischer Notwendigkeit diktiert wird, sondern in erheblichem Maße von Umsatz- und Einkommenserwägungen. Was die Frage der Wirtschaftlichkeit angeht, so gilt dies auch für den stationären Bereich, dem mit rund einem Drittel größten Ausgabeneinzelsektor der GKV. Auch dort fehlen den Kassen notwendige Steuerungs-Instrumente.

Blüm hat in seinem Gesetzentwurf selbst Gründe für die Ursachen der steigenden Beitragsätze geliefert. Zitat: "Zu einem großen Teil sind es aber auch Überversorgung, Überkapazitäten und Unwirtschaftlichkeit, die zu einer Verschwendung von Finanzmitteln der Solidargemeinschaft führen. An den zuletzt genannten Ursachen muß die Strukturreform in erster Linie ansetzen."

Übrig geblieben ist von dieser richtigen Erkenntnis wenig. Stattdessen wurden und werden die Patienten kräftig zur Kasse gebeten: Ob beim Zahnersatz, bei Badekuren, im Sterbefall, bei Heil- und Hilfsmitteln oder bei Krankenhausaufenthalt. Ab dem kommenden Jahr droht eine weitere kräftige Zuzahlung bei Arzneimitteln in Höhe von 15 Prozent beziehungsweise bis zu

t 5,00 DM bei all jenen Medikamenten, für die bisher kein Festbetrag festgelegt wurde. Das ist immerhin die überwiegende Mehrheit, denn bisher wurde nur für rund 30 Prozent aller Arzneimittel ein Festbetrag festgelegt.

Wenn nun die Zahlen des I. Quartals '91 zeigen, daß die Ausgaben für die ärztliche Behandlung über alle Kassen hinweg um 6,8 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal gestiegen sind, - für zahnärztliche Behandlung um 9,5 Prozent, für Zahnersatz um 7,2 Prozent, für Arzneimittel um 8,9 Prozent, bei Heil- und Hilfsmitteln um 8,2 Prozent, bei Krankenhaus um 5,1 Prozent, bei Krankengeld um 15,4 Prozent, bei Krankentransportkosten um 7,9 Prozent und bei Kuren gar um 26,4 Prozent -, dann muß sich die Bundesregierung fragen lassen, was gedenkt sie zu tun? Will sie nun endlich Konsequenzen ziehen und den Krankenkassen wirksame Steuerungsinstrumente an die Hand geben, um die ausgabentreibenden und unwirtschaftlichen Überkapazitäten im stationären und ambulanten Bereich besser in den Griff zu bekommen? Oder müssen sich die Kassen und damit die Versicherten mit steigenden Beiträgen bei gleichzeitig höherer Selbstbeteiligung abfinden? Droht den Patienten von Seiten der Bundesregierung eine neuerliche Auflage eines Abkassierungsgesetzes?

Wer darauf gehofft hatte, daß die Bundesgesundheitsministerin bei der Sitzung der Konzentrierten Aktion im Gesundheitswesen Lösungen anbietet, die den Namen "Reform" auch verdienen, wartete vergeblich: Ihre zehn Punkte jedenfalls haben konkrete Antworten vermissen lassen. Es genügt nicht, wenn sie von einem drohenden Defizit von fünf Milliarden DM in 1991 spricht. Handeln ist jetzt gefragt, allerdings nicht zu Lasten der Patienten.

(-/3. Juli 1991/rs/ks)

Stoltenbergs Salami-Taktik

Was wird aus 150.000 bayerischen Arbeitsplätzen?

Von Rolf Langenberger MdL

Von den 15.449 zivilen Arbeitsplätzen, die in Bayern direkt bei der Bundeswehr beschäftigt sind, werden in den kommenden acht Jahren 2.041 abgebaut. Doch damit sind längst nicht alle betroffenen Arbeitsplätze erfaßt. Über die anderen Arbeitsplätze - sei es bei der Wehrverwaltung und im Rüstungsbereich der Bundeswehr, sei es bei den Alliierten, sei es in Rüstungsindustrie in Bayern - läßt sich das Bundesverteidigungsministerium nicht aus. Stoltenbergs Salamitaktik wird offenbar von der Bayerischen Staatsregierung nach Kräften unterstützt und gedeckt. Die scheinbar schleichende Bekanntgabe der Arbeitsplatz-Verluste ist unwürdig und den betroffenen Arbeitskräften ebenso wenig zuzumuten wie den Kommunen. Mit Nachfragen beim Bundesverteidigungsministerium und bei der Bayerischen Staatsregierung muß eine grundsätzliche Offenlegung aller Arbeitsplatz-Abbaupläne erreicht werden. Die seltsamen Spielchen in Bonn und München müssen ein Ende haben.

Von den 15.449 zivilen Arbeitsplätzen in Bayern, die direkt bei der Bundeswehr angesiedelt sind, werden in acht Jahren nur noch 13.048 Arbeitsplätze vorhanden sein. Dies hat Bundesverteidigungsminister Stoltenberg jetzt bekanntgegeben. Doch damit ist nur für einen Bruchteil des Problems Klarheit geschaffen. Denn in Bayern gibt es bei der Bundeswehr insgesamt 33.500 zivile Beschäftigte bei der Bundeswehr. Über die weiteren 18.000 Beschäftigten in Bayern, die bei der territorialen Wehrverwaltung - zum Beispiel den Kreiswehrratsämtern - und im Rüstungsbereich der Bundeswehr - etwa dem Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung - tätig sind, hat Stoltenberg noch keine Aussagen gemacht. Über den Abbau bei diesen Stellen ist ebenso Klarheit erforderlich wie zu folgenden Fragen:

- o **Wieviele der 17.400 zivilen Arbeitskräfte, die bei den US-Streitkräften in Bayern beschäftigt sind, werden mittelfristig ihren Arbeitsplatz verlieren?**
- o **Wann gibt der Bundesverteidigungsminister die tatsächliche Zahl der zivilen Arbeitskräfte bekannt, die bei den deutschen und den US-amerikanischen Streitkräften in Bayern ihren Arbeitsplatz verlieren?**
- o **Welches politische Kalkül steht hinter der stückweisen Bekanntgabe des geplanten Abbaus der Arbeitsplätze?**

Kritik ist aber auch an der Staatsregierung zu üben, deren Interesse an den Problemen der Menschen im Freistaat, die sich auf Grund der Reduzierung der Standorte ergeben, sich seit der Großen Anfrage der SPD-Fraktion vor über einem Jahr nicht nennenswert gesteigert hat. Er fordert von der Staatsregierung ein struktur- und Arbeitsmarktpolitisches Konzept, um den Arbeitsplätze-Abbau verträglich zu gestalten. Falls es ein solches Konzept schon geben sollte, muß es dringend offengelegt werden. Vor allem muß im Rahmen dieses Konzeptes klar gemacht werden, ob und wie die Staatsregierung versuchen wird, im Bezug auf die weiteren Arbeitsplatzverluste Einfluß auf das Bundesverteidigungsministerium und die US-amerikanischen Stellen zu nehmen.

Stoltenberg und die Staatsregierung dürfen sich nicht länger um klare Aussagen herumtummeln und die Betroffenen im Ungewissen lassen.

(-/3. Juli 1991/st/ks)
